

Das Programm der österreichischen Sozialisten

Auf ihrem Parteitag in Salzburg im November 1957 hat die Sozialistische Partei Österreichs den Entwurf (genauer „Vorentwurf“) eines neuen Parteiprogramms vorgelegt und am 23. 11. 57 in ihrem Zentralorgan, der „Arbeiterzeitung“, den vollen Text veröffentlicht. Der Entwurf blieb Entwurf und der Diskussion überlassen; denn der Parteitag hat darüber nicht Beschluß gefaßt.

Das letzte, noch immer gültige Parteiprogramm wurde auf dem Linzer Parteitag 1926 beschlossen, zu einer Zeit, da die SPÖ (damals „Sozialdemokratische Partei“ genannt) vom Geist eines radikalen Marxismus erfüllt war und sich in schärfster Opposition zur Regierungspartei, den Christlichsozialen, befand, ja sogar mit der „Diktatur des Proletariats“ drohte. Dann folgte die große Zäsur des Jahres 1938, die gemeinsamen Verfolgungen unter dem Nationalsozialismus und die zwölf Jahre erfolgreicher Koalition von ÖVP und SPÖ im Wiederaufbau Österreichs. Das alte Parteiprogramm von 1926 paßte daher schon längst nicht mehr in die heutige Situation.

Bekanntnis zur Demokratie

Der Entwurf beginnt mit einem Bekenntnis zur Demokratie: „Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist. Ihre Vorbedingungen sind die Freiheit des Menschen und der Völker, Glaubens- und Gewissensfreiheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, gesellschaftliche Gleichberechtigung, Sicherheit der Existenz. Der Weg zu diesem Ziel ist die Demokratie. Zu ihr bekennt sich die SPÖ uneingeschränkt. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben bewiesen, daß jeder Versuch, eine Diktatur zu errichten — gleichgültig, in wessen Namen und zu welchem Zweck — zu neuer Unfreiheit und Unterdrückung, zur Bildung neuer Klassen und damit zu neuer Ausbeutung führt.“ „Sozialismus ist vollendete Demokratie“, heißt es weiter. Denn das Ziel der Demokratie, die Errichtung einer Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen, kann nur erreicht werden, wenn die Abhängigkeit der Arbeitenden von den Eigentümern der kapitalistischen Unternehmungen beseitigt wird.

Die Rolle des marxistischen Sozialismus in der Geschichte der letzten 100 Jahre

Es folgen längere Ausführungen über die technische, soziale und politische Entwicklung der letzten hundert Jahre. Natürlich wird die Bedeutung von Marx und Engels für die Geschichte der Arbeiterbewegung stark hervorgehoben: Unter dem Einfluß ihrer Ideen wurde die Arbeiterbewegung aus einem Nebeneinander kleiner Gruppen zu einer Massenbewegung mit klaren Zielen. Durch die sozialistische Arbeiterbewegung wurden aber auch Liberalismus und „Konservatismus“ stark gewandelt im Sinn einer Annäherung an sozialistische Forderungen. „So hat die sozialistische Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert eine gewaltige Erziehungsarbeit an sich selbst und an den Mitgliedern anderer Klassen und Denkgemeinschaften vollbracht. Sie hat das Erbe des Liberalismus angetreten [was bekanntlich in weltanschaulicher Hinsicht durchaus der Fall ist] und den Freiheitsgedanken in sich aufgenommen... Der Grundgedanke des Sozialis-

mus, daß politische und geistige Freiheit vereinbar ist mit einer planmäßig geregelten Gemeinwirtschaft, ja sie zur Voraussetzung hat, ist Gemeingut aller modernen Geistesströmungen geworden.“ Damit hat sich in der westlichen Welt eine „gemeinsame Grundlage gebildet, auf der die Vertreter der drei großen Geistesströmungen ihre Gegensätze austragen.“ (Bezeichnend für diese Geschichtsauffassung ist, daß Christentum und katholische Soziallehre nicht einmal erwähnt werden; sie sind für die Verfasser des Parteiprogrammes offenbar bloß ein Teil des „Konservatismus“.)

Scharfe Absage an den Kommunismus

Sehr entschieden ist die Verurteilung des russischen Kommunismus: „1917 hatte der Sturz des Zarismus die Reihe der Umwälzungen eröffnet. Die kommunistische Diktatur, die aus ihm hervorging, schuf sich eine lediglich auf Krieg und Rüstung gerichtete Planwirtschaft. Zwangskollektivierung der Bauernschaft und Aufbau der Rüstungsindustrie sind ebenso ihre Merkmale wie Terror und Zwangsarbeit. Mit dem Blut von Millionen hingemordeter Bauern, Arbeiter und Intellektueller wurde das riesige Gebäude der stalinistischen Wirtschaft zusammengestrichelt, das als die reinste Verkörperung des absoluten Machtwillens in die Geschichte eingehen wird.“ Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf Karl Marx. Es sei eine grobe Entstellung, heißt es an anderer Stelle, aus ihm einen „Befürworter einer allmächtigen terroristischen Diktatur“ und „der Zwangsanstalt kommunistischer Staatswirtschaft“ zu machen. „Zwischen ihr und dem demokratischen Sozialismus kann es keine Verständigung, geschweige denn eine Versöhnung geben.“

Neue Erkenntnisse:

Selbstverwaltung besser als allmächtiger Staatsapparat

Unter dem Titel „Probleme der modernen Demokratie“ wird neuerlich und noch entschiedener die „Diktatur des Proletariates“ abgelehnt: „Die Arbeiterschaft kann nur dann hoffen, sich selbst zu befreien, wenn alle anderen sozialen Gruppen frei und unabhängig sind. Die kommunistische ‚Diktatur des Proletariates‘ als eine angebliche Gewaltherrschaft der Arbeiterklasse über die früher besitzenden Schichten ist ein Widerspruch in sich: die Arbeiterschaft erstrebt die Beseitigung aller Klassen und nicht die Herrschaft der eigenen über die anderen.“

Und nun folgen Ausführungen, die man früher vergeblich im Programm der SPÖ gesucht hätte:

„Der übermäßige Staatseinfluß wird am wirksamsten durch die verantwortliche Tätigkeit der freien Organisationen eingeschränkt; diesen soll alles übertragen werden, was der Staat nicht unbedingt zu regeln hat. Genossenschaften, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialversicherungsinstitute, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen werden auf diesem Gebiet dem Staat manches abnehmen können.“

Die Selbstverwaltung im kleinen Kreis ist die Grundlage jeder echten Demokratie.

Das Prinzip des demokratischen Sozialismus wird allein durch die verantwortliche Mitarbeit jedes einzelnen verwirklicht werden können; diese ist nur zu erlangen, wenn den Menschen ein neues Heimatgefühl erwächst. Das kann nicht in großen, unübersichtlichen Einheiten geschehen; nur in den Bereichen, die er überblicken kann, in seinem Wohnbezirk, im Dorf, an der Arbeitsstätte kann er sich wirklich zu Hause fühlen — jedoch nur dann, wenn er in

ständiger eigener Mitarbeit das Geschehen beeinflusst und sich als vollgültiges aktives Mitglied dieser Gemeinschaft ansieht. Daher ist das Mitbestimmungsrecht im Betrieb für die Erziehung zur Demokratie ebenso unentbehrlich wie die politischen Rechte. Andererseits verbürgt nur die Abkehr von jedem Gruppenegoismus die allgemeine Solidarität, die das Interesse der Gesamtheit wahr, denn der Staat ist nichts anderes als die Summe seiner Bürger, die auch innerhalb des Ganzen Einzelpersönlichkeiten bleiben und als solche gewertet werden wollen.“

Diese Sätze könnten in einem Handbuch der katholischen Soziallehre stehen. Was die katholische Soziallehre, insbesondere die Vogelsangschule, immer betont hat: Wichtigkeit der kleinen Gemeinschaften und freien Organisationen, Entlastung des Staates, verantwortliche Mitarbeit des einzelnen, Bedeutung der geistigen und sittlichen Kräfte, die den Institutionen erst Leben verleihen, Heimatgefühl, Geist der Solidarität, das alles kehrt hier vielfach mit denselben Worten wieder. Zu beachten ist aber, daß hier von der Demokratie im allgemeinen und nicht von den Wirtschaftsfragen die Rede ist, die erst in einem späteren Abschnitt behandelt werden (und viel stärker, wenn auch nicht ausschließlich, von der spezifisch sozialistischen Tradition bestimmt sind), und daß die SPÖ bisher in der Praxis immer für die Ausdehnung des staatlichen Einflusses und für die Macht der großen öffentlich-rechtlichen Organisationen eingetreten ist, daß also eine sehr starke Tradition zu überwinden wäre, wenn die neuen Erkenntnisse in Zukunft in der Praxis angewendet werden sollten.

Appell an alle Bevölkerungsgruppen

„Die moderne Gesellschaft“, so heißt es weiter, „hat sich völlig anders entwickelt, als Marx es im Kommunistischen Manifest voraussagte. An die Stelle einer Zweiteilung in Proletarier und Kapitalisten ist eine Vielfalt von Klassen und Gruppen getreten, und ebenso hat sich anstatt des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den beiden einzigen Klassen ein sehr komplexes System verschiedenartiger Interessen entwickelt, die sich mannigfach kombinieren lassen...“

Alte Klassen, wie die Bauern und Gewerbetreibenden, haben sich erhalten und neue, nämlich das Heer der Beamten und Angestellten und der in Bildung und Kultur Tätigen, sind hinzugekommen. Die Gegenwartsaufgabe der sozialistischen Parteien bestehe nun darin, diese Gruppen, die einen gemeinsamen Gegner, den Kapitalismus, haben, in einer „machtvollen“ Partei zusammenzuschließen und so die politische Macht zu erringen. „Das können sie nicht durch Betonung der Sonderinteressen der Arbeiter allein erreichen, sondern durch Führung einer Politik, die die Angehörigen aller werktätigen Gruppen mit dem Bewußtsein erfüllt, daß ihre Interessen untereinander und mit denen der Lohnarbeiter identisch sind.“

Zu den internationalen Fragen sagt die SPÖ etwa dasselbe, was auch die anderen Parteien sagen: Freiheit und Demokratie für alle Völker, Verhinderung des Krieges, Abrüstung, Rüstungskontrolle, Organisation der Völkergemeinschaft, wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Völker, Einigung Europas.

Vermeidung aller Machtzusammenballungen

Im Kapitel „Verfassung und Verwaltung“ wird das Thema der Schädlichkeit eines übermäßigen staatlichen

Einflusses wieder aufgenommen: „Die SPÖ geht von dem Grundgedanken aus, daß in der modernen Demokratie Zusammenballungen der Macht in den Händen der Parteien ebenso wie der Bürokratie oder der wirtschaftlichen Verbände und Korporationen vermieden werden müssen. Demokratie bedeutet nicht nur Herrschaft der Mehrheit, sondern auch Schutz der Rechte der Minderheit... Die SPÖ erblickt in der Gemeinde das Fundament der sozialen und rechtlichen Gemeinschaft des Volkes und der Republik. Sie tritt für eine freie und unabhängige Selbstverwaltung der Gemeinden ein...“

Frage der Schwangerschaftsunterbrechung

Von den folgenden Kapiteln ist das über „Frauenfrage und Bevölkerungspolitik“ hervorzuheben: „Die SPÖ fordert die gesellschaftliche Anerkennung und Wertung der Hausfrauenarbeit. Sie erkennt die Mutterschaft als eine soziale Leistung an. Daher fordert sie die Hausfrauen- und die Mutterschaftsversicherung [die Bezeichnung „Versicherung“ scheint wenig exakt], eine öffentlich anerkannte und durch öffentliche Körperschaften subventionierte Heimhilfe und Familienurlaub.“

Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung (§ 144 des österreichischen Strafrechtes) erklärt der Entwurf: „Die SPÖ tritt für die Schaffung von Voraussetzungen ein, die die gesellschaftlichen Schutzmaßnahmen des Strafrechtes gegen die Schwangerschaftsunterbrechungen überflüssig machen. Der Schwangerschaftsunterbrechung ist durch Erziehung und Aufklärung, Beratung und Fürsorge entgegenzuwirken.“

Durch Einrichtung und Förderung von Mütterberatungsstellen und Mutterhilfsanstalten sollen die Schwangeren über die volksgesundheitlichen Gefahren der Schwangerschaftsunterbrechung aufgeklärt und ihnen praktische Hilfe für die Aufzucht unerwünschter Kinder geboten werden. Bei der Feststellung der medizinischen Indikation soll unter Berücksichtigung aller modernen wissenschaftlichen Erfahrungen auf die sozialen und Umwelteinflüsse Rücksicht genommen werden.“

Die Vorschläge berühren also in der Hauptsache soziale Maßnahmen, die sehr zu begrüßen sind, doch wollen sie andererseits — darauf läuft es ja hinaus — weitgehende Lockerung der strafrechtlichen Bestimmungen. Und in Verbindung mit der medizinischen Indikation wird auch der sozialen Indikation eine Tür geöffnet.

Wirtschaftliche Fragen

Sehr ausführlich ist der Abschnitt über die wirtschaftlichen Fragen: Vollbeschäftigung, Finanz- und Investitionspolitik, Währungspolitik, Landwirtschaft, Gewerbe. Deutlich tritt das Bestreben hervor, allen Gruppen der Bevölkerung etwas zu bieten, nicht bloß den Arbeitern. Einige wesentliche Sätze daraus:

„Die SPÖ bekämpft alle Versuche, durch staatliche Zwangsmaßnahmen oder durch monopolistische Tendenzen der Privatunternehmer den Markt in einen Zustand der Erstarrung zu versetzen.“

„In der Währungspolitik ist die Bekämpfung der Inflation an erster Stelle hervorzuheben.“

„Grundsätzlich soll [in der Landwirtschaft] die Preispolitik so gestaltet werden, daß die Arbeit in der Landwirtschaft ebenso bewertet wird wie in den anderen Wirtschaftszweigen. Das würde die Landwirtschaft auf eigene Füße stellen und Subventionen entbehrlich machen.“

Diese sind als Dauereinrichtungen abzulehnen, weil sie die allgemeine Preisgestaltung verzerren und das wirtschaftliche Schicksal großer Bevölkerungsgruppen von oft unerwünschten politischen Einflüssen abhängig machen.“

Schillernder Begriff der Gemeinwirtschaft

Der allen Einzelmaßnahmen übergeordnete Begriff, gleichsam das Zauberwort zur Lösung der Wirtschaftsprobleme, lautet „Gemeinwirtschaft“. Die wesentlichen Sätze lauten: „Die SPÖ erstrebt eine Neuordnung der Wirtschaft, die sichere Versorgung mit allen Gütern und ihre gerechte Verteilung verbürgt. Sie erstrebt dies zur Überwindung der mit der kapitalistischen Privatwirtschaft verbundenen Unsicherheit durch gemeinwirtschaftliche Planung.“

„Die Unvollkommenheit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik treibt über sich selbst hinaus: zu einer vollendeten Gemeinwirtschaft, in der nicht mehr das Interesse von Besitz und Profit, sondern das der Gesamtheit entscheidet.“

„Die von der sozialistischen Bewegung angestrebte Gemeinwirtschaft wird drei Merkmale aufweisen: umfassende Planung der Gesamtwirtschaft; ihre Ausrichtung auf den Bedarf; die Beseitigung jeder wirtschaftlichen Vorherrschaft einzelner Gruppen und Klassen.“

„Planung der Gesamtwirtschaft darf nicht mit ihrer Organisation verwechselt werden. Nichts könnte dem Grundgedanken echter Gemeinwirtschaft fremder und schädlicher sein als eine bürokratische Zentralwirtschaft nach dem Muster der nazistischen Kriegswirtschaft oder der staatskapitalistischen Wirtschaft der Sowjetunion.“

Unter dem Zwischentitel „Planung und Lenkung ohne Zwang“ heißt es weiter:

„Es wird für die Aufstellung eines umfassenden Wirtschaftsplanes genügen, wenn bei einer bestehenden, nicht der Regierung unterstellten Organisation eine kleine Planungskommission errichtet wird, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Wirtschaftsbudgets für einen längeren Zeitraum ist.“

Ferner: „Als Betriebsform wird je nach dem Charakter der Unternehmung die genossenschaftliche oder die öffentlich-rechtliche gewählt werden. Die Verstaatlichung, die zur Ablösung des privaten Kapitalisten unentbehrlich ist, kann nur als Übergangsmaßnahme angesehen werden.“

„Das Interesse der Gesamtwirtschaft wird darüber zu entscheiden haben, ob ganze Erwerbszweige oder nur einzelne Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft einzubeziehen sind. Weite Bereiche, wie vor allem Unternehmungen mit rasch wechselndem Produktionsprogramm oder Wirtschaftssektoren mit überwiegendem Kleinbetrieb, werden wohl immer der freien Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben.“

Gegenüber den ursprünglichen Zielen des Sozialismus fällt die Begrenzung der Verstaatlichungstendenz auf: Es wird neben der verstaatlichten Wirtschaft die freie Unternehmertätigkeit und die Genossenschaft anerkannt, letztere als ein Teil der „Gemeinwirtschaft“. Die gemischte Wirtschaftsform, die sich im Lauf der Entwicklung tatsächlich in Österreich im besonderen durch die Politik der Koalition ergeben hat — die ÖVP zieht nach der einen, die SPÖ nach der anderen Seite, woraus sich schließlich ein mittlerer Zustand zwischen staatlicher Lenkung und Privatinitiative ergibt —, wird von den Sozialisten als „unvollkommen“ betrachtet. Von wirtschaftlicher Seite kann allerdings gegen diese Vorstellung von Gemeinwirtschaft eingewendet werden, daß die wesentliche Frage,

was den Wirtschaftsprozeß primär bestimmen soll: die Befehlgebung von oben oder der Markt mit seiner ordnenden und zur Leistung antreibenden Funktion, in den schönen, doch wenig realistischen Formulierungen des Parteiprogrammes überhaupt nicht angegangen wird, die Begriffe „Markt“ und „Marktwirtschaft“ nicht einmal erwähnt werden. „Vollendete Gemeinwirtschaft“ ohne „bürokratische Zentralwirtschaft“ und „Planung und Lenkung ohne Zwang“ scheint ein Widerspruch in sich zu sein. Zumindest liegt hier das eigentliche, sehr schwierige Problem, von welchem aber das Parteiprogramm nichts ahnen läßt.

Neue Bewertung der Familie

Im Abschnitt „Sozialpolitik“ ist ausführlich von der Familienpolitik die Rede: „Nur dann, wenn sich die Familie neu formt, dürfen wir hoffen, die drängenden Probleme der Jugend zu lösen, aber auch das Übermaß materialistischer Instinkte zu bekämpfen, das sich im Rausch von Lärm und Geschwindigkeit, von hemmungslosem Genießen und Rücksichtslosigkeit gegen die Individualität des Nächsten äußert... Die moderne Psychologie ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geborgenheit in der Familie eine wesentliche Voraussetzung für die harmonische Ausbildung der kindlichen Seele ist. Viele Fragen, die als Probleme der Jugend erscheinen, sind in Wirklichkeit auf die Problematik des Verhaltens und der gegenseitigen Beziehungen der Eltern zurückzuführen. Es ist daher eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart, die Gründung von Familien zu erleichtern und ihnen festeren Halt zu geben. Die SPÖ geht dabei von dem Gedanken aus, daß die Festigung der Familie in erster Linie ein moralisches und erzieherisches Problem ist...“ Konkrete Forderungen des Programmes sind Ausbau der Kinderbeihilfen und Einrichtung von familienpolitischen Referaten bei den öffentlichen Gebietskörperschaften.

Auch hier ist die Wandlung gegenüber früheren Jahrzehnten offenkundig, ja geradezu auffällig. Die österreichische Familienbewegung kann dies als einen ihrer schönsten Erfolge betrachten.

Sozialismus und Kirche

Im letzten Abschnitt „Kultur“ wird auch das Thema „Sozialismus und Kirche“ behandelt. Darüber heißt es in dem Entwurf:

„Der Sozialismus erstrebt eine bessere und gerechtere Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, als sie der Kapitalismus zu bieten vermag; sein Anliegen ist daher von dieser Welt, so daß er in diesem Sinne keine Weltanschauung darstellt. Er will seine Aufgabe mit wissenschaftlichen und politischen Methoden lösen und appelliert an den Verstand und die Überlegung der Menschen; er ist und will nicht eine Religion oder ein Religionsersatz sein, der seine Anhänger durch gläubigen Gehorsam zu gewinnen sucht.

Alle gesellschaftlichen Bindungen des Menschen sind durch Sitte und Moral bestimmt. Da der Sozialismus eine neue Gesellschaft formen will, kann er Fragen der Moral und Ethik nicht gleichgültig gegenüberstehen. Jede der großen Weltreligionen ist untrennbar mit einem umfassenden Sittenkodex verknüpft; überdies greifen sie durch ihre Vorschriften in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ein. Daraus ergeben sich zwischen dem Sozialismus und den religiösen Organisationen Berührungs-, unter Umständen auch Streitpunkte, die es zu regeln gilt.

Der Sozialismus erstrebt eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen. Um sie herbeizuführen, können die sozialistischen Parteien nur mit Anhängern von Weltanschauungen und Religionen zusammenwirken, die sich nicht bloß theoretisch zu den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit bekennen, sondern sie auch in ihrer Praxis anwenden. Der Sozialismus lehnt jedes Vorrecht und jeden Anspruch auf ein solches ab, gleichgültig, aus welchem Grund es abgeleitet wird — aus dem Besitz oder der Geburt, der Rasse, der politischen Stellung oder der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft. Der Sozialismus übt allen Weltanschauungen und Religionen gegenüber, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen, vollständige Toleranz, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie auch ihm gewährt wird.

Darüber hinaus ist er bereit, positiv mit allen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, deren Ethik seinen Grundsätzen entspricht. Noch ehe der Sozialismus durch Marx und Engels beeinflusst worden ist, hat es einen christlichen Sozialismus gegeben. Er hat sich stets neben dem Marxismus und anderen, weltanschaulich indifferenten, sozialistischen Strömungen behauptet und stellt nach wie vor in vielen Ländern die maßgebliche Form des Sozialismus dar. Es wäre unverständlich, daß eine Religion der Nächstenliebe nicht mit dem Sozialismus vereinbar sein soll.

Wenn sich trotzdem in der Vergangenheit tiefe Gegensätze zwischen manchen christlichen Kirchen — vor allem, aber durchaus nicht allein, der katholischen — und dem Sozialismus herausgebildet haben, so sind die Ursachen dafür in erster Linie in kirchlichen Ansprüchen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu suchen, die mit den Zielen des Sozialismus unvereinbar sind, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß sich diese Kirchen durch manche sozialistischen, zumeist vom Liberalismus übernommenen Anschauungen angegriffen fühlten. Wenn die Kirchen die von ihnen für sich geforderte Toleranz auch dem demokratischen Sozialismus zubilligen, wird sich der Weg zu einer Verständigung zwischen ihnen und der sozialistischen Bewegung eröffnen.“

In diesen Ausführungen sind folgende positive Momente zu erkennen: 1. Der Sozialismus will keine Weltanschauung und kein Religionsersatz sein. 2. Er anerkennt die Bedeutung von Sitte und Moral für die gesellschaftlichen Bindungen (statt die Moral als einen „Überbau“ über den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen aufzufassen, wie es dem echten Marxismus entsprechen würde) sowie die enge Verbindung von Moral und Religion. 3. Er sieht es für legitim an, daß die Religion auch in das gesellschaftliche und politische Leben eingreift. Damit wird die Auffassung verlassen, daß Religion und Politik auf zwei verschiedenen Ebenen liegen, die nichts miteinander zu tun haben. 4. Er verwendet nicht mehr die alte Formel „Religion ist Privatsache“. 5. Er erklärt sich bereit, mit den Religionsgemeinschaften positiv zusammenzuarbeiten.

Wenig erfreulich ist aber der Ton der Überlegenheit, um nicht zu sagen Arroganz, mit der die Religion vor das richtende Forum des Sozialismus gezogen wird, ob sie sich auch wirklich zu den Grundsätzen der Gleichheit und

Freiheit bekennen (wie der Sozialismus sie versteht) und ob die Ethik der Religionsgemeinschaften den Grundsätzen des Sozialismus entspricht. Völlig fern liegt der Gedanke, daß man sich vielleicht auch einmal an der christlichen Religion orientieren oder sie in Betracht ziehen könnte. Man ist eben überzeugt, daß einem die Religion im Grunde nichts zu sagen hat. Wenn ferner der Gegensatz zwischen Christentum bzw. katholischer Kirche und Sozialismus in erster Linie auf die „kirchlichen Ansprüche auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet“ zurückgeführt wird, so ist dies historisch einfach nicht richtig. Und zu sagen, daß sich die Kirchen „durch manche sozialistischen Anschauungen angegriffen fühlten“, ist ein sehr schwacher Ausdruck für die Tatsache, daß der Marxismus von der Wurzel her radikal religionsfeindlich und die sozialistische Bewegung im mitteleuropäischen Raum ganz von der materialistischen Philosophie des 19. Jahrhunderts durchtränkt war.

Wenig erfreulich ist ferner, daß die strittigen Fragen: kirchliche Ehe und konfessionelle Schule im Programm überhaupt nicht erwähnt werden. Die Partei hat zu diesen Fragen, wie es scheint, nichts anderes zu sagen, als was sie schon seit Jahren sagt, daß sie nämlich dagegen ist.

Der demokratische Sozialismus — die einzige aufbauende Kraft?

Ein Schlußabschnitt „Sozialismus heute und morgen“ gibt nochmals Gelegenheit, zu erkennen, wie entschieden der Sozialismus mit dem Anspruch auftritt, daß er allein im Besitz der wahren Lösungen aller sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen ist und alles Heil der Welt von ihm abhängt. Die Welt von heute, so heißt es da, ist in zwei Teile gespalten, „deren einer vom Kapitalismus beherrscht wird [eine völlig den Tatsachen widersprechende Behauptung, die nur aus der Weiterführung ältesten ideologischen Erbes erklärbar ist], während der andere geschüttelt wird von den Wehen einer Entwicklung, die nach dem Zerschlagen uralter Gesellschaftsformen nach neuen Strukturen ringt; ist im kapitalistischen Bereich der demokratische Wohlfahrtsstaat die herrschende Form, so im nichtkapitalistischen die mehr oder minder verhüllte Diktatur. Beide Formen können nicht von Dauer sein. Der Wohlfahrtsstaat enthält im Grunde seines Gefüges einen unauflösbaren Widerspruch: Kapitalistisch in seinen Zielen, ist er zutiefst beeinflusst von sozialistischen Elementen, die den Aufbau der liberalen Wirtschaft völlig gewandelt haben... In dieser gespaltenen Welt steht der demokratische Sozialismus zwischen Kapitalismus und Diktatur. Er hat also einen Zweifrontenkrieg gegen beide Gegner gleichzeitig zu führen; denn er kann sich mit keinem der beiden versöhnen...“

Nach dieser Auffassung gibt es nur eine Hoffnung für die Völker, den demokratischen Sozialismus, der auch in der Vergangenheit allein alles Gute zustande gebracht habe. Es wäre wohl eine Forderung der Toleranz, deren sich der Sozialismus so oft rühmt, zuzugeben, daß neben ihm auch andere Kräfte am Aufbau einer gerechteren und menschlicheren Welt mitbeteiligt waren und sind.